

Die „Wolksmacht“
erschient täglich Mittwochs außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Waisenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Colportage zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 2.50,
pro Woche 30 Pf.
Verlegungsstelle Nr. 7087.

Wolksmacht

für Schlefien, Posen und die Nachbargebiete.

Telephon
Nr. 451.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Nr. 451.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 126.

Montag, den 3. Juni 1901.

12. Jahrgang.

Kann ein Christ Sozialdemokrat sein?

Diese Frage suchte Abg. Hosprediger Dr. Stöcker auf der Stuttgarter freien kirchlich-sozialen Konferenz zu beantworten. In einem längeren Vortrage begründete er eine Anzahl von Thesen und kam dabei auch auf die Artikel der „Wolksmacht“ über diese Frage zu sprechen. Heute theilen wir zunächst die Leitsätze mit, welche Hosprediger Stöcker aufstellte. Es sind folgende acht:

1. Das Programm der Sozialdemokraten, dem Wortlaut nach und für sich betrachtet, braucht nicht als dem Christentum feindslich aufgefaßt zu werden. Die Forderungen desselben sind wesentlich wirtschaftlicher, sozialer und politischer Natur; die Religion ist als eine dem Einzelnen überlassene Angelegenheit der Heiligensgenossen zu betrachten.

2. Es enthält, wenn auch oft in übertriebener und abenteuerlicher Form, einzelne Forderungen, mit denen ein Christ einverstanden sein muß, vor allem die Forderung der arbeitenden Klassen, und arbeitet mit Beweggründen, die zu weilen dem Christentum entlehnt sind.

3. Es zeigt aber auch im Religiösen und Ethischen Mängel, die ein Christ schwer empfinden muß, erweckt Hoffnungen, die ein Christ nicht theilen kann, und hat in seinem Hintergrunde die materialistische Gesammtauffassung, die dem Christentum unverträglich gegenübersteht.

4. Ein bewußter Christ kann deshalb kein bewußter Sozialdemokrat sein oder werden; wohl aber ist es erklärlich, daß Christen, welche die Ziele der Gegenparte nicht erkennen, sich der Sozialdemokratie anschließen.

5. Das tatsächliche Verhalten der Sozialdemokratie, sowohl als Partei wie im Einzelnen, widerspricht — im Unterschied von den Aufstellungen des Programms — dem Christentum vielfach, und bedarf einer Aenderung, die nicht undenkbar ist.

6. Viele Sozialdemokraten sind tatsächlich noch Christen. Ein zielbewußter Anhänger der marxistischen Richtung kann freilich kein selbstbewußter (i) Christ sein; wohl aber kann ein Sozialdemokrat, der nicht prinzipiell denkt, im guten Willen stehen, daß er seiner Partei angehört und Christ bleiben kann.

7. Deshalb ist es in hohem Maße wünschenswert, daß Sozialdemokraten, die gläubige Christen sind oder werden, ihre Anschauung innerhalb der Partei festhalten und zur Geltung bringen, da allein in der Anerkennung und Anwendung der Lebensmaxime des Evangeliums die gesunde soziale Entfaltung des Volkslebens verbürgt ist.

8. Unzulässig ist bei diesem Stande der Dinge die Vereinnahmung aller christlich gesinnter Sozialreformer und sozial gesinnter Christen zu gemeinsamer Arbeit, damit die Vereinbarkeit sozialer und christlicher Anschauungen klargestellt und damit die in der Sozialdemokratie liegende Gefahr bekämpft werde.

An der Diskussionsbetheiligung sich Konsistorialrath a. D. Frank-Danzig: Das Programm der Sozialdemokratie könne nicht Christentumsfeindslich aufgefaßt werden. Die Forderungen der Sozialdemokratie bezüglich eines maßlos gehäuften Reichthums und einer grenzenlosen Armut seien auch die Forderungen des Christentums, ebenso die weitere Forderung, daß der Arbeiter nicht als eine Sache oder käufliche Waare, sondern als ein Mensch mit einer unsterblichen Seele gewürdigt werden soll.

Daß die Weltanschauung der Sozialdemokratie im Grunde eine materialistische sei, sei wohl richtig; aber es geht doch ein ungeheurer Glaube dazu, um Angelegtheiten der Vorgänge in Sabafrika und anderer an der Ueberzeugung von der göttlichen Vorsehung festzuhalten.

Die Sozialdemokratie stelle sich in einen scharfen Gegensatz zu der gegenwärtigen Staatsordnung und der Kirche, nicht aber zum Christenthum. Die Regierung, die Parteien und auch die Kirche seien in erschreckendem Maße der Herrschaft des Kapitalismus verfallen.

Gegen diese Ausführungen wandte sich Konsistorialrath Dr. Braun, der der Stöcker'schen Ansicht beirrat, worauf obige von Stöcker aufgestellte Thesen Annahme fanden.

Unser Genosse Blumhardt, Pfarrer a. D., der zur Aussprache eingeladen war, war nicht erschienen.

Das neue Gewerbegerichtsgesetz.

(Schluß.)

Lebhaft stritten die Sozialdemokraten auch wieder für das Wahlrecht der Frauen zu den Gewerbegerichten. Für die Ertheilung des passiven Wahlrechts an die Frauen sprach Genosse Jubeil mit packenden Worten. Er wies auf die stetig steigende Zahl weiblicher Arbeiter hin und die damit steigende Zahl von Prozessen am Gewerbegericht, bei welchen Frauen Kläger sind. Allein in Berlin sind im letzten Jahre weit über zehntausend Klagen von Arbeiterinnen anhängig geworden. Sachverständig sind in diesen gewerblichen Fragen meist nur Frauen und deshalb ist es nur gerecht, auch weibliche Beisitzer zu wählen. Für das aktive Wahlrecht der Frauen trat wieder unser Genosse Lutzauer energisch ein. Wir entnehmen dem Stenogramm seiner Rede folgende Stellen:

Alle Gründe, die mein Kollege Jubeil für Ertheilung des passiven Wahlrechts an die Frauen anführte, gelten in noch erhöhtem Maße für Ertheilung des aktiven Wahlrechts an die Frauen. Auch hier können wir mit Beispielen auswarten, daß die Verleihung des Stimmrechts an die Frauen sich bereits vielfach bewährt hat, nicht nur im Auslande, sondern auch in Deutschland. Unter den früheren deutschen Gewerbegerichtlichen waren mehrere, z. B. in Frankreich am Rhein, auch in Stuttgart, wenn ich nicht irre, wo den Frauen das aktive Wahlrecht gestattet war. Selbst unser einstiger Kollege, der verfallene preussische Finanzminister Herr v. Miquel, früher Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, der als solcher das Frankfurter Schiedsgericht genau kannte, äußerte sich 1890 durchaus günstig über die Theilnahme der Frauen an den Wahlen der Beisitzer zu diesem Gewerbegerichtsgericht.

Auch jetzt schon bestehen ja Gewerbegerichte, zu denen Frauen das Wahlrecht haben, leider freilich nicht mehr in Deutschland. In dem industriell lange nicht so entwickelten Oesterreich ist man weiter gegangen als bei uns und hat nicht nur den 21jährigen Frauen und Männern, wie wir es verlangen, das aktive Wahlrecht gegeben, sondern schon allen 20jährigen, die in der Industrie gegen Lohn beschäftigt oder auch selbstständig sind. Alle uns darüber zugewonnenen Berichte, in welchem Umfange die Frauen in Oesterreich von diesem Wahlrecht Gebrauch machten, gehen dahin, ihre Theilnahme sei überaus zahlreich gewesen, und man habe gut gesehen, ihnen das Wahlrecht zu geben. Mir liegt ein Bericht vor über eine solche Wahlhandlung im Bezirk Reichenberg in Böhmen.

Da wird angeführt, daß die Arbeiterinnen nach vielen Wahllosigkeiten lange Wege zurücklegen mußten, bis aber mit Freude erkannt hätten, daß einzelnen Wahllosen ihnen oft Hunderte von Arbeiterinnen versammelt gewesen, ehe es ihnen gelang, Zutritt zur Wahlurne zu erhalten.

Nützlich ist auch in Frankreich, wo Gewerbegerichte bestehen, der Beschluß gefaßt worden — ob auch vom Senat, ist mir nicht bekannt geworden, aber von der Deputirtenkammer —, daß den Frauen nicht nur das aktive Wahlrecht zu geben sei, sondern auch das Recht, zu Beisitzerinnen dieser Gerichte gewählt zu werden.

Wollen Sie sich auf den kürzlich erst wieder in der Petitionskommission von einem Zentrumsmitglied vertretenen Standpunkt stellen, daß die Frauen sich am Politik nicht kümmern sollen, daß sie nur in die Familie, in die Wirtschaft gehören, daß man ihnen das Vereins- und Versammlungsrecht nicht gleich den Männern zuerkennt, sondern höchstens nur dann, wenn es sich um solche Vereine handelt, welche die Berufsinteressen der Frauen vertreten? Das wäre eine recht bemerkliche Erziehung. Ich meine in Deutschland, das doch so oft das Land der sozialen Reformen genannt wird, wo wir so große „Sozialreformer“ auch im Zentrum sitzen haben, sollte man sich nicht scheuen, endlich den Christen die Ehre zu thun, den man als Erster nicht hat machen wollen. Es ist hohe Zeit, endlich den deutschen Frauen dieselben Rechte zu gewähren, die man den Frauen in anderen Staaten längst gewährt hat.

Die berebten Werts Tapauers hatten so wenig wie Zubell's Ausführungen vermocht, die Arbeiterparteien, engen Anschauungen der Mehrheit zu erschüttern. Die sozialdemokratischen Anträge wurden abgelehnt!

Von der Kommission war auch die Möglichkeit geschaffen, bei den Wahlen zum Gewerbegericht das Proportionalwahlsystem einzuführen. Es handelte sich hier um ein Kernstück des Zentrums, das von den Sozialdemokraten entschieden bekämpft ward. Durch ortstatutarische Bestimmung soll nach dem „Grundgesetze der Verhältniswahl“ in den verschiedenen Gruppen der betheiligten Arbeiterberufe gewählt werden können. Das ist zunächst, wie von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen wurde, außerordentlich unklar. Bemut aber wird es sicher vom Zentrum dort werden, wo daselbe die Mehrheit im Gemeinderath, nicht aber in der Arbeiterschaft hat und zwar insofern, als diese durch Ortstatut eingeführte Proportionalwahl dem Zentrum wenigstens einen Theil der Beisitzer sichert. Andererseits wird das Zentrum sich dort, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft in der Mehrheit ist, schon bedanken, dieser ebenfalls durch solche ortstatutarische Bestimmung einen Theil der Beisitzer zu verschaffen. Schließlich wurde der Kommissionsvorschlag von dem sonst keineswegs sehr neuerungsbegeisterten Reichstag gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Eine Erweiterung der Rechte des Gewerbegerichts wurde noch insofern vorgenommen, als von demselben auch ohne Ansuchen der Behörden Gutachten, Anträge, Petitionen über gewerbliche Fragen an Vertretungen von Kommunalverbänden, Bundesstaaten oder des Reichs gerichtet werden können. Auch eine weitere Beschleunigung des Verfahrens vor den Gewerbegerichten wurde beschloffen. Dagegen gelang es trotz eifrigem Bemühen den Sozialdemokraten nicht, die den Interessen der Arbeiter meist sehr entgegenlaufenden Inanspruchnahmen der Gerichte in ihrer Bedeutung einzu-

Die Könige im Exil.

Roman von Alphonse Daudet.

Der schneidende Gegensatz zwischen dieser prunkhaften Bedienung und der drohenden Verlassenheit schnürte Frau von Spalato das Herz zusammen; und man möchte beinahe glauben, daß die Dienerschaft etwas von der Sachlage ahne, so wenig verbergen die Kaiserin ihre hüllige Geringschätzung, während sie ernst und unbeweglich auf das Ende der Mahlzeit wartet, wie die Gehilfen eines Photographen, wenn sie den Kunden vor dem Objektiv festgeschraubt haben.

Allmählich aber erholt sich die Verlassene wieder und fühlt ihre wahre Natur zurückkehren. . . Nein, so läßt sie nicht mit sich umspringen!

Nicht, als ob ihr etwas an dem Könige gelegen wäre. Aber das Gefühl, der „große Coup“, ihre Eigenliebe und ihr Stolz den Verbündeten gegenüber. . . Vorwärts, ihr Men ist fertig. Sie geht auf ihr Zimmer und schreibt ein paar Zeilen an Tom; dann, während die Dienerschaft im Kellergeschloß ihr Wahl verleiht und über den einsamen, so unruhig verbrachten Tag ihrer Herrin schwärmt, packt die Frau Gräfin mit ihren höchstengeordneten gewandten Händen eine kleine Reisetasche, die oft genug zwischen der Agentur und Courbevoie hin und her gereist ist, wirft gegen die Nachsäcke einen feinen wollenen Mantel über die Schultern, verläßt heimlich ihr Palais und geht zu Fuß, ihre Reisetasche in der Hand, wie eine verabschiedete Gesellschaftlerin, bis zur nächsten Droschkestation.

Christian II. seinerseits hatte keinen weniger unruhigen Tag verlebt. Erst spät in Begleitung der Königin vom Balls heimgekehrt, waren ihm noch beim Erwachen Kopf und Herz voll von den heroischen Klagen der Svalab. Mit den Vorbereitungen zur Reise, der Befehl seiner Waffen und der Generalsuniform, die seit Augustus nicht mehr angelegt worden war, hatte er bis gegen elf Uhr zu thun, stets verfolgt und bewacht von den verblüfften Elden Lebeau's, der mit feiner, sonderbaren Anspielungen nicht zu weit zu gehen wagte.

Dann versammelte sich der kleine Hof zu einer stillen Messe, die Vater Alphonse in dem zum Vespale umgewandelten Empfangszimmer, auf dem als Altar dienenden und mit einem gestickten Rückentuche bedeckten Kampane las. Die Rosen fehlten, der Alte lag zu Bette, und die Prinzessin hatte den mit einigen anderen jungen Leuten zugleich abreisenden Herbert auf den Bahnhof begleitet. Vegeta sollte ihnen mit dem Nachmittagszug folgen und ebenso der Rest der kleinen Truppe sich auf die anderen Züge vertheilen, um kein Aufsehen zu erregen. Diese geheimnisvolle, an die Zeiten früherer Kämpfe gemahnende Messe, die begeisterten Züge des Müdches, die militärische Energie seiner Stimme und Gebärde — all das noch nach Weisrauch und Pulver zugleich, und der bevorstehende Kampf gab der religiösen Handlung eine höhere Weihe.

Am Frühstückstische war die Stimmung in Folge der verschiedenartigsten Gefühle eine gedrückte, obgleich der König mit einer gewissen Koetterie darauf bedacht war, in seiner Umgebung nur angenehme Erinnerungen zurückzulassen, und der Königin gegenüber sich mit respektvoller Zärtlichkeit benahm, der aber die etwas mißtrauische Kälte Friederikens eine Schranke zog. Der Blick des Königs ruhte schüchtern auf ihnen, denn die entgegliche Szene jener Nacht stand ihm noch lebhaft in Erinnerung und hatte ein weit über seine Jahre hinausgehendes Verständnis bei ihm geweckt.

Die Marquise von Sibiris erleichterte ihr gepreßtes Herz schon im Voraus durch schwere Abschiedsanker. Elise dagegen lobte in heller, unmaßig zurückhaltender Begeisterung auf, wenn er an diese Gegenrevolution dachte, von der er seit langer Zeit geträumt, an diesen Volksaufstand, der die Thüren eines Palastes sprengen sollte, um einen König wieder auf seinen Thron zu setzen. Seiner Ansicht nach war der Erfolg unzweifelhaft.

Christian freilich hegte nicht dasselbe Vertrauen; aber abgesehen von der Leiden, von einer Abreise stets ungetrennlichen Unbeglücktheit, die eine plötzliche Einsamkeit, eine vorzeitige Entfernung der umgebenden Personen und Dinge zu erzeugen scheint, hatte auch er keinerlei heimliche Ahnung, sondern empfand viel eher eine Art von Verhängung bei dem Gedanken an seine verzweifelte Lage, an die ihn drohenden, denüchsten fälligen Ehrenschulden und Verpflichtungen. Siegte er, so würde die Zivilliste Alles begleichen. Ueberlag er dagegen, so mußte ein allgemeiner Zusammenbruch erfolgen. Eine Kugel in die Stirn, der Tod auf dem Schlachtfelde. . . Er dachte daran wie an eine endgiltige Lösung seiner Geld- und Vermögensorgen; und seine frühliche Ungezogenheit nahm sich zwischen dem besorgten Gesicht Friederikens und den entzücklichen Blüten Meraut's recht gut aus. Aber, während die Drei im Garten plauderten, ging ein Diener vorbei.

Sagen Sie Samy, daß er anspasne“, befahl der König.

Friederike erschrak.

Sie fahren aus?”

Ja, aus Vorstich. . . Der gestrige Ball wird den Parisern Stoff zum Reden gegeben haben. . . Ich muß mich zeigen, mich im Klub, auf dem Boulevard sehen lassen. . . Aber ich bin zu Tische zurück. . .

Er sprang die Treppe hinauf, froh und frei wie ein aus der Schule kommender Junge.

Ich werde bis zum letzten Augenblick die Angst nicht los werden“, jagte die Königin; und Meraut, den derselbe Gedanke beherzt, fand kein Wort, um ihr Muth einzusprechen.

Aber der König hatte einen mannhafte Entschluß gefaßt. Während der Messe hatte er sich geschoren, Sephora nicht wiederzusehen, denn er wußte wohl, daß er nicht die Kraft haben würde, sie zu verlassen, wenn sie ihn endlich zurückhalten wollte, ihre Arme fest um seinen Hals schlänge. Mit den besten Vorsätzen der Welt fuhr er also in seinen Klub, wo er eilige Gläser über schwierige Whistpartien gebergt und einige Andere majestätisch schnarrend am

den großen Tisch im Beszimmer versammelt fand. Hier war Meraut so über und leerer, als man die vergangene Nacht stark gespielt hatte.

Als die ganze Bande, Se. Königliche Hoheit den Prinzen Arlet an der Spitze, am Morgen fortging, trarb gerade ein Trupp schellensklügelnder Gesimnen vorbei. Se. Königliche Hoheit ließ den Fährer heranrufen. Man trank die warme Milch in Chamagnegläsern, dann bestiegen die Herren, die sämtlich etwas angeheitert waren, die armen Diener trotz ihres Anschlagens und trotz der Jammerrufe des Führers und veranfalteten das denkbar köstlichste Bettentmen die ganze Rue de la Vau entlang.

Man mußte den hoheitsvoll-vertraulichen Ton hören, in welchem Herr Monceil, der Wirtschaftsdirektor des großen Klubs, den „wunder-vollen Scherz“ erzählte. „Nein, es war zu drollig! Se. Königliche Hoheit auf der kleinen Geleit, wie er die langen Zeilen — denn Se. Hoheit haben prächtige lange Beine — hoch hinausgehen mußte. . . Und dabei stets sein unverwundliches Plegma. . . Wie schade, daß Se. Majestät nicht dabei gewesen. . .“

Eine Majestät bedauerte sehr, den schönen Narrenstreich verfaßt zu haben. . . Glücklicher Prinz Arlet! Mit seinem Dunkel überworfen, durch alle möglichen Hofintrigen aus seinem Lande verjagt, wird er vielleicht niemals zur Regierung gelangen, da der alte König davon spricht, sich wieder zu verheirathen und eine ganze Reihe kleiner Trorerben in die Welt zu setzen. . . All das aber bestimmet ihn nicht im Geringsten! Sich in Paris zu amüßieren, scheint ihm entschieden interessanter als da unten in Politik zu machen. . . Und nach und nach gewinnt die Aufschneideri, der Alles zeretzende Spott wieder Macht über Christian, der sich auf dem Sopha dehnt, wo der Kronprinz gleichsam den Eindruck seiner anstehenden Schwächlingslaune zurücklassen hat.

In dem von Müßiggang erfüllten Dunsstreife des Klubs erschienen dem jungen König die heldenmüthige Begeisterung des gestrigen wie der kühne Zug des morgigen Tages jedes Ruhmes, jeder Größe, jedes romantischen Schimmers hat. Er fühlt, daß sich Alles in ihm gereizet würde, wenn er noch länger hier bliebe, und um dieser Schwäche zu entge en, die sich wie lähmendes Gift in seine Adern schleicht, eilt er hinaus in die frische Luft, in die Reihen der Lebenden, Thätigen, Müßigen.

Drei Uhr. Die Straße, in der er sich gewöhnlich zu Sephora begiebt, nachdem er im Klub oder bei Mignau geschliffen hat, Unwillfürlich lenken sich seine Schritte dem gewohnten Ziele zu, in dem sommerlichen Viertel von Paris, das geräumiger und weniger beaufacht erscheint als die andere, dafür aber mit seinem dichten Grün an den Steinquadern und seinen Blätterkronen auf dem weißen Asphalt so reizende Bilder und so leuchtende Ausblicke gewährt.

Fortsetzung folgt.

55]

(Nachdruck verboten.)

76
W 67

Schränken, obwohl das gegen diese Privilegierung der Innungen sprechende Material von sozialdemokratischer Seite sehr ausgiebig verwertet wurde.

Das ist im Wesentlichen die diesmalige Reform des Gewerbeverordnungsrechtes. Neben einigen Schritten brachte sie mancherlei Gutes und deshalb wünschen wir im Interesse der Arbeiter die baldige Annahme der Novelle durch den Bundesrat.

Vollständige Uebersicht.

Niedriger hängen! Die „Breslauer Morgenzeitung“ weis auf meinen Artikel nur mit Schimpereien zu antworten, deren Dast verdächtig, daß der Urheber, wenn auch nicht den Marx, so doch den Fischmarkt mit Erfolg studiert hat.

Wir unsererseits sind weit davon entfernt, uns mit dem Herrn G. L. von der „Vollmacht“ erst dann auf eine sachliche Diskussion einzulassen zu wollen, wenn er sich urbanere Manieren angewöhnt haben wird.

Das heißt man doch sachliche Diskussion! Es liegt Methode in dieser sauberen Art der Polemik. Die sachlichen Darlegungen des Gegners werden schlaunweg unterföhlagen, man bewirft den Unangenehmen mit Roth, um ihn so den ferneren Kampf zu vereiteln und hat bei alledem die Stirn, sich selbst als polemisch darzustellen.

Wid wohl der Verfasser in demselben Sinne in Zukunft mit der „Vollmacht“ umzugehen wird, so ist die Methode in dieser sauberen Art der Polemik. Die sachlichen Darlegungen des Gegners werden schlaunweg unterföhlagen, man bewirft den Unangenehmen mit Roth, um ihn so den ferneren Kampf zu vereiteln und hat bei alledem die Stirn, sich selbst als polemisch darzustellen.

Wir unsererseits sind weit davon entfernt, uns mit dem Herrn G. L. von der „Vollmacht“ erst dann auf eine sachliche Diskussion einzulassen zu wollen, wenn er sich urbanere Manieren angewöhnt haben wird.

Für die Rothleidenden. Konservative Zeitungen melden:

Nach einem Berichte, den der Vorsitzende der ständigen Kommission des kgl. preussischen Landes-Oekonomikollégiums (siehe dem Reichsanwalt und dem zuständigen preussischen Staatsminister) abgibt hat, schlief sich der Ausfall, den die preussische Landwirtschaft in Folge der schlechten Entwicklung der Saaten erfahren hat, für Weizen überschläglic auf 153 1/2 Millionen, für Roggen auf 103 Millionen, für Brotgetreide im ganzen also auf 256 1/2 Millionen!

Es kann ja noch ganz anders kommen, aber dennoch kommt die Regierung schon jetzt den Agrariern zu Hilfe. Die „Norddeutsche“ weis mithintheilen:

Wie wir verschmähen, hat der Reichsanwalt und Ministerpräsident Graf v. Bülow aus Anlaß der ungünstigen Nachrichten, welche ihm in letzter Zeit über den Saatensand und die Gruterntausichten in weiten Gebieten der Monarchie zugegangen sind, im Staatsministerium angesetzt, alsbald innerhalb der einzelnen Reichsteile alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um angeht die drohenden Miskstände nach Möglichkeit die staatliche Fürsorge eintreten zu lassen.

Wenns doch bei arbeitslosen Arbeitern auch so schnell ging! Daß es übrigens mit der Rothleidenschaft so arg nicht sein kann, zeigt ein anderer Bericht:

Die neue Statistik über die Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke, welche am Sonnabend vom kgl. preussischen statistischen Bureau herausgegeben worden ist, weist

Neues Sommer-Theater.

Von der sogenannten Waise im Allgemeinen und der Berliner Lokalpoesie im Besonderen, halten wir nicht besonders viel. Deswegen konnte uns auch das sogenannte „Vollständiges Gesangs-„Ebnig Kraut“ von Keller und Hermann nicht sonderlich interessieren.

Es bleibt nur übrig, über die Darstellung einiger Worte zu sagen. Der Verfasser hat sich als Charakteristiker schon vortheilhaft eingekauft und fand auch am Sonnabend in der Lärkholde wieder lebhaften Anklang.

Aus aller Welt.

Die Ermordung des Rittmeisters.

Bei Beginn der Verhandlung des Kriegesgerichts stellt Kriegesgerichtsrath Siede den Antrag auf Vernehmung des Oberleutnants v. Höpfer; dieser soll über den Charakter des Angeklagten Hidel mitfragen. Oberleutnant v. Hoffmann soll über den Charakter Hidel mitfragen. Oberleutnant v. Hoffmann soll über den Charakter Hidel mitfragen.

Daß im Jahre 1899 gegen das Jahr 1898 die Gesamtzahl der Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke um 1 1/2 Prozent zurückgegangen ist. Sieht das nach Roth der Landwirtschaft „Kraut“ aus? Zugewonnen hat die Versteigerungsbücher lediglich bei dem obelischen Großgrundbesitzer.

Man weis aus früheren amtlichen Angaben, warum: mangelndes Unternehmerrapital, mangelnde Fröhlichkeit, oft auch mangelnder Fleiß, ebenso oft kostspielige Passionen von Vätern und Söhnen — aus solchen „Garmisigkeiten“ setzt sich diejenige Roth der Landwirtschaft zusammen, welche die Agrarier im Auge haben, wenn sie ihre Liebesgaben-Projectionen veranstalten.

Dassbach Reinsfall. Wie dem Bundesdirektor Dr. Diederich Hahn in der „Konhalle“ zu Berlin, so ist es dem Centrumsabgeordneten Dassbach in Garbenberg, Landkreis Nachen, ergangen. Kaplan Dassbach, der diesen Kreis im Reichstage vertritt, war von dem Rheinischen Bauernverein eingeladen worden, in einer Verammlung über die Erhöhung der Getreidezölle zu referieren.

In der Diskussion meldete sich ein sozialdemokratischer Redner an und wies, daß nicht das Ausland den Zoll trage. Ein Arbeiter, der sich als Sozialdemokrat vorstellte, bemerkte, der beste Beweis dafür, daß das Inland den Zoll trage, sei der, daß in dem benachbarten Holland (Garbenberg liegt an der Grenze) das Mehl immer noch einige Pfennige pro Pfund billiger sei.

Der Abgeordnete Dassbach hat nun die Pflicht, Arm in Arm mit seinem theuren Kollegen Diederich Hahn diese Resolution nach Zusammentritt des Reichstages am 26. November auf dem Tische des Hauses niederzulegen.

Den Gewerbevereinigern in der Richtung Hirsch-Dunder widmet die „Frankf. Ztg.“, die Ihnen im allgemeinen freundlich gegenübersteht, folgende Zeilen:

Leider viel weniger interessant (als die anderen Arbeitervereinigungen) sind die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereine. Von den freien Gewerkschaften ganz abgesehen — auch bei den Hirsch-Dunder'schen ist doch Leben und Streben, wenn es auch nicht in solcher Richtung geht, wie bei den Hirsch-Dunder'schen aber ist die Zahl ihrer Mitglieder hat zwar dank den guten Rassenrichtungen immer wieder ein wenig zugenommen, aber das eigentlich Gewerkschaftliche, das Ringen um bessere Arbeitsbedingungen, blieb matt, greifenlos, bax aller schäumenden Lebenskraft.

Ein ähnliches Urtheil fällt jüngst Professor Sombart; die Sozialdemokraten haben die Gewerbevereine längst richtig eingeschätzt. Auch in Zukunft wirds keine Besserung geben, denn durch die erneute Annahme des Gesetzes haben sich die Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereiner den Zugang von neuen Lebenselementen versperrt.

hatte den Befehl gegeben, beim Feiten ihn anzusehen. Bei dieser Gelegenheit hat der Rittmeister einmal zu Hidel gesagt: „Herr Unteroffizier, wenn Sie nicht thun, was ich befehle, sperre ich Sie ein.“

Oberrichtsgerichtsrath Schulz theilt hierauf mit, daß er aus Berlin eine Postkarte erhalten habe, in der es heiße, daß Martin und Hidel unschuldig seien; er, der Schreiber der Karte, wisse, wer der Mörder sei.

Die Scheinmünze des „Salons Bragner“ wurden am Sonnabend der zweiten Strafkammer des Berliner Landgerichts I in einer Verhandlung vorgeführt, die unter Ausschlag der Öffentlichkeit stattfand. Die schon zweimal wegen Kupferei verurtheilte Ullrichs Bragner unterschreibt, wie gemeldet, in der Zimmerstraße 5/6 in der elegant eingerichteten zweiten Etage ein Kupferwerk, in welchem mobilisirten Wehemännern Frauen und Mädchen in großer Anzahl zugestöhrt wurden.

Bei dem Einmarsch eines großen, von zahlreichen Menschen besetzten Gebäudes in Berat wurden viele Personen getödtet, zwei Familien sind vollständig zu Grunde gegangen. Ein russischer Menschenfreund. Am Freitag ist in Moskau der vierfache Millionäre Wirkliche Staatsrath Gwinn Solodownikow gestorben.

Wie eine schwermüthige Mutter ihren spielenden Kindern den Tod gab. Ein schrecklicher Verbrechen wird aus Wladimir. Dort erschien am Donnerstag Nachmittag ein kleines neunjähriges Mädchen auf der Feuerwache und erzählte, ihre Mutter habe sich mit ihren drei Geschwistern in der Dulle ertränkt.

Oberrichtsgerichtsrath Schulz theilt hierauf mit, daß er aus Berlin eine Postkarte erhalten habe, in der es heiße, daß Martin und Hidel unschuldig seien; er, der Schreiber der Karte, wisse, wer der Mörder sei.

Erob Roberts wird, wie den „Berl. N. Nachr.“ aus Hannover berichtet wird, als Gast des Kaisers an den diesjährigen großen Manövern zwischen dem 1. und 17. Armeekorps bei Martenbur, Danzig teilnehmen.

Nachwehen zum Sternberg-Prozeß. Die Strafkammer des Landgerichts II hat den Justizrath Sello wegen Herausforderung des Staat anwalts Braut zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen zu einem Monat, den Kartellträger Major a. D. Wagener zu vier Tagen Festungshaft verurtheilt.

Die evangelischen Arbeitervereine Württembergs haben in der in Schwäbisch Hall abgehaltenen Jahreshauptversammlung ihres Verbandes eine Resolution angenommen, worin der Verband sich ausdrücklich für die Aufrechterhaltung der bishherigen Handelsvertragspolitik, die im Interesse des ganzen Volkes, der Landwirtschaft und der Industrie liege.

Ausland.

Sozialdemokratie und Regierung in Italien.

Die Parteilassung und die sozialdemokratische Kammerfraktion haben dieser Tagein gemeinsamer Sitzung, in welcher die der Regierung gegenüber einzunehmende Stellung festgelegt wurde, nachstehenden Beschluß gefaßt:

„In Ermüdung, daß es sich für die sozialistische Partei einer Regierung gegenüber, welche die Vertreterin einer Klasse ist, deren Interessen denen des Proletariats entgegenstehen, nicht um eine Frage des Vertrauens handeln kann, beschließt die Parteilassung, daß bei der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Situation des Landes die parlamentarische Gruppe das Recht hat, den Aktien und Reformprojekten des Ministeriums, welche der normalen Entwicklung des Klassenkampfes günstig sind, von Fall zu Fall die Genehmigung zu ertheilen.“

Auch in Italien begegnen wir also der opportunistischen Taktik.

Südafrika. Der Umstand, daß die südafrikanische Zensur absolut keine Privatmeldungen über das von Rittmeier berichtete Gescheh mit Delaroy erlaube, giebt hier zur Befürchtung Anlaß, daß es ungünstiger für die Engländer ausgefallen ist, als der offizielle Bericht zugiebt. Auf dem Kriegsministerium spielen sich Szenen wie beim unglücklichen Anfang des Krieges ab.

General-Versammlung des Zentralverbandes der Bildhauer.

Die Generaldiskussion darüber, welche Verbandsleistungen erhöht werden sollen, wird fortgesetzt. Die Delegationen haben bewilligt den Wochenbeitrag von 50 auf 65 Pf. erhöht; da 5 Pf. dem Reservefonds zu gute kommen, stehen 10 Pf. zur Verfügung. Die Zahl der Anträge ist sehr groß.

Nach langen Debatten folgten die Abstimmungen. Eine Ermäßigung der Karenzzeit von 26 auf 13 Wochen wird mit 16 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Ebenso wird beschlossen, die sieben ersten Tage der Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit nicht zu zahlen, wie bisher. Nur einer stimmt dagegen. Die Erhöhung der Strafunterstützung wird mit 14 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Die Freisprechung eines unschuldig Verurtheilten, welcher seine Strafe bereits theilweise verbüßt hat, erfolgte gestern vor der Thürner Strafkammer im Wiederanfrageverfahren. Der Arbeiter Bartholomäus Wilmowski aus Moder war wegen Verletzung der Militärpflicht zu 36 Tagen Gefängnis verurtheilt worden, da er sich nicht zum Ersatzgeschäft gestellt haben sollte.

Bei dem Einmarsch eines großen, von zahlreichen Menschen besetzten Gebäudes in Berat wurden viele Personen getödtet, zwei Familien sind vollständig zu Grunde gegangen. Ein russischer Menschenfreund. Am Freitag ist in Moskau der vierfache Millionäre Wirkliche Staatsrath Gwinn Solodownikow gestorben.

Wie eine schwermüthige Mutter ihren spielenden Kindern den Tod gab. Ein schrecklicher Verbrechen wird aus Wladimir. Dort erschien am Donnerstag Nachmittag ein kleines neunjähriges Mädchen auf der Feuerwache und erzählte, ihre Mutter habe sich mit ihren drei Geschwistern in der Dulle ertränkt.

Bei dem Einmarsch eines großen, von zahlreichen Menschen besetzten Gebäudes in Berat wurden viele Personen getödtet, zwei Familien sind vollständig zu Grunde gegangen. Ein russischer Menschenfreund. Am Freitag ist in Moskau der vierfache Millionäre Wirkliche Staatsrath Gwinn Solodownikow gestorben.

angenommen, die Karenzzeit von 26 Wochen auf 20 Wochen herabzusetzen und das Tagelohn für beide Arten der Arbeitslosen-Unterstützung von 1 Mark auf 1,25 Mark zu erhöhen.

Die Ämter bewilligen die Bewilligung des 10 Mark den Tag.

Aus der Fülle der übrigen angenommenen Anträge seien folgende mitgeteilt:

Nichtbezugsberechtigte und angeheuerte Mitglieder sind für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit auf ihren Antrag von der Zahlung des Beitrags befreit. Dieses muß jedoch alle 4 Wochen vom Bewerber im Mitgliedsbuch bescheinigt werden. Bei Antritt der Unterstützung müssen noch nicht bezugsberechtigte 52 Wochenbeiträge und Ausgetretene 20 Wochenbeiträge bezahlt haben.

Als (bei einem Gewerkschaftskampf) in Mittelländer gezeugen (Unterstützung 1,25 M. täglich) zu betrachten sind solche Mitglieder, welche sich mit den Angehörigen einer anderen Gewerkschaft solidarisch erklären oder durch eine Aussperrung arbeitslos werden.

Jeder fehlende Kollege hat sich, ehe er in Arbeit tritt, beim Vertrauensmann nach den örtlichen Arbeitsverhältnissen zu erkundigen und nicht bei Arbeitgebern in Arbeit zu treten, die nicht zu den örtlichen, vom Verbandsamt anerkannten Arbeitsbedingungen arbeiten lassen. Bei Zuwiderhandlung kann der Verlust der Unterstützung auf 14 Tage oder der Ausschluss erfolgen.

Angenommen werden die beiden Anträge:

München: Mitglieder der mit dem B. v. B. D. D. in Gegenleistungsvertrag stehenden ausländischen Bildhauervereine haben, wenn sie Deutschland bereisen und sofort dem Verband beitreten, Anspruch auf eine Reise-Unterstützung bis zu 20 Tagen (zu 1,25 M.). Sie müssen jedoch eine 52wöchige hintereinanderfolgende Mitgliedschaft in ihrem ausländischen Verein nachweisen können.

Hannover: Diese Unterstützung ist mit der Arbeitslosen-Unterstützung, die sie später als Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbands beziehen, bis zu 70 Tagen aufeinanderzurechnen.

Zum Schluß der Sitzung veranstalteten die Delegierten unter sich eine Sammlung zu Gunsten der Wiener „Kriegs- und Wundheilanstalt“.

5. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Magdeburg, den 30. Mai 1901.

In der heutigen Sitzung fand zunächst die weitere Erörterung über „Mißstände in unsem Gewerbe“ statt. Eine große Anzahl von Delegierten machten Mitteilungen über die speziellen Verhältnisse ihres Wahlkreises. Mit den von den Berliner Kollegen beantragten Resolutionen (bez. Erstattung monatlicher Situationsberichte, Bekämpfung der in Folge des Alfordbismarcks vielfach überhandnehmenden „Wählererei“, Erweiterung des Bauarbeitervereins) erklärten sich alle Redner einverstanden, wenn gleich sich manche von ihrer Annahme nicht viel praktische Erfolge versprechen. Gegen das Alfordbismarck erklärten sich fast alle Delegierten; nur Kollege Burg-Laff-Lübeck meinte, bei der Lohnarbeit sei die Wählererei ebenso schlimm wie bei der Akfordarbeit. In Lübeck habe man vor einer Reihe von Jahren die Lohnarbeit eingeführt, man habe aber so schlechte Erfahrungen damit gemacht, daß sie wieder abgeschafft werden mußte. Von manchen Rednern wurden die vielfach zu Tage tretenden Anwürfe des Lehrlingswesens bestritten. Der Vorsitzende Drunfel sagte die Anschauung der Kollegen darüber dahin zusammen, daß die Kollegen nicht etwa in reaktionärer Weise sich mit einer Schutzmauer umgeben wollten; es müsse nur verhindert werden, daß das Lehrlingswesen überhand nimmt; die Lehrlinge dürften nicht ausgebeutet werden, sie müßten etwas lernen und nicht nur Sonderlangerdienste verrichten.

Die Nachmittagsitzung wurde vollständig in Anspruch genommen durch die Debatte über Punkt 4 der Tagesordnung „Unterstützungsweise“. Der Zentralvorstand hat dem Verbandsamt in dem Entwurf der neuen Satzung eine erhebliche Abschwächung des Unterstützungswesens vorgeschlagen: Neben den schon bestehenden Reiseunterstützungen für arbeitslose Kollegen soll eine Umzugsunterstützung für gemäßigtere, verheiratete Mitglieder, eine Sterbeunterstützung und vor allem eine Krankenunterstützung eingerichtet werden. Die Krankenunterstützung soll pro Tag 50 bis 80 Pfg. betragen, sie soll 5 bis 8 Wochen dauern und nach einer einwöchentlichen Karenzzeit beginnen. Zur Deckung der Mehrausgaben sehen die neuen Statuten eine entsprechende Erhöhung der Beiträge vor. Der Vorsitzende des Zentralvorstands, Drunfel, bestrich diese Vorschläge. Von der vielfach gewünschten Arbeitslosen-Versicherung, die er an sich für notwendig halte, müsse man zur Zeit absehen. Die Konjunktur sei gegenwärtig zu ungünstig; außerdem fehle noch jede statistische Grundlage, ohne die die Arbeitslosen-Unterstützung ein gefährliches Experiment sein würde.

In der Debatte war man sich darüber einig, daß das Unterstützungswesen möglichst ausgebaut werden müsse, um die Kollegen möglichst eng an den Verband zu fesseln. Die Anschauung, daß die Verbände durch das Unterstützungswesen verstimpten, hielt man allgemein für veraltet. Den Hauptstreitpunkt bildete die Arbeitslosen-Unterstützung, deren Fehlen namentlich die Berliner Kollegen

lebhaft beklagten. Mehr und mehr trat ein gewisser Gegenatz zwischen Dienstlern und Werkstatenarbeitern zu Tage. Die Dienstleute, namentlich die Kollegen Hugo und Hermann John und Behl, warfen den Werkstatenarbeitern vor, sie wären deshalb gegen die Arbeitslosen-Unterstützung, weil sie selbst selten ganz arbeitslos wären. Hugo John erklärte, ohne die Arbeitslosen-Unterstützung würden die Berliner auch die Umzugs-Unterstützung ablehnen. Die Werkstatenarbeiter, besonders die Kollegen Schmidt-Belten, Gille und Gorch, erwiderten, sie seien grundsätzlich für Arbeitslosen-Versicherung; das Vorhaben der Berliner, die einen Ruhestand schließen wollten, sei zu verwerfen. Der Vorschlag der Krankenunterstützung fand nur geheulten Beifall. Dagegen wurde angeführt, daß die meisten Kollegen bereits zwei Krankentagen angehört, sowie daß die Krankenunterstützung als Arbeitslosen-Unterstützung mißbraucht werden würde. Schließlich schlug Hermann John vor, nur die Reise- und Sterbe-Unterstützung anzunehmen. Diesen Vorschlag empfahl auch der Vertreter der Generalkommission, Maurer Pöhlmann, der im Uebri gen die möglichst baldige Schaffung einer Arbeitslosen-Unterstützung für dringend erwünscht erklärte. Die Abstimmung über alle eingelaufenen Anträge wird zu Beginn der morgigen Sitzung stattfinden.

5. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Magdeburg, den 29. Mai.

Nachdem der Verbandsvorsitzende Schille Kargel, wes halb der vom Ausschuß beantragte, mit Besatz verbundenen Verkauf der Wertpapiere erfolgt sei, erklärte er zur Angelegenheit Pawlowitsch, der Verband sei zwar neutral, aber nicht so „neutral“, daß er den Boden zum Gärtner mache. Die Regelung der Frage, ob auch für die Zeit des Umhauens Reise-Unterstützung gewährt werden solle, habe ausdrücklich der letzte Verbandstag dem diesjährigen überwiesen, aber nicht bejaht. Der Vorstand habe also auch in dieser Angelegenheit sich ganz korrekt an das Statut gehalten.

Die Berliner Wandlgeschäfte sei eine „große Geleier“ der beiden Kollegen gewesen, habe aber eine so harte Strafe wie Entlassung wohl nicht verdient. Die Beschlüßnahme des Verbandes der Former mit dem Metallarbeiter-Verband habe er für zweckmäßig. Man möge sich zu Einigungsverhandlungen bereit erklären.

Bei Beginn der Nachmittags-Sitzung erklärte Freyhofler-Berlin, die von Wiesenthal-Berlin entwickelten Anschauungen würden von den anderen Berliner Delegierten nicht geteilt. Er sei beauftragt, diese Erklärung abzugeben.

Bühlermann-Bremen meinte, der Vorstand gehe bei der Subtilisierung von Streitunterstützung gar zu vorsichtig vor. Wenn es richtig sei, was der Vorstand in seinem Zirkular behauptet, daß die Metzler eine leere Demonstration sei, so hätten die internationalen Kongresse und die Parteitage von der Sache nichts verstanden. Das sei aber doch nicht anzunehmen.

Seydewitz-Berlin verlangte, der Vorstand möge der Berliner Zirkulare den Gehalt, den Berlin an Statistik gehabt habe, während der zwei Monate, die er auf dem Verbandsbureau in Stuttgart beschäftigt war, zurückzahlen.

Hendric-Magdeburg erklärte, es sei ein Freitum seitens des Vorstandes, wenn er glaube, die Übergabe der Verhandlungsgegenstände sei mit allen seinen Maßnahmen einverstanden. Das vom Vorstand gewünschte Recht, die Hilfskräfte ohne Zustimmung des Ausschusses anzustellen zu dürfen, möge die Generalversammlung verurteilen, da sonst ein Bürokratismus im Verband Platz greifen werde, der schwer wieder zu entfernen sei.

Damit ist die Generalkommission über den Vorstands- und Ausschussbericht geschlossen.

Beim Schluß wird dem Vorstand Entlastung erteilt, in dem Beschluß über die Erwartung ausgesprochen, daß die in der Diskussion erhobenen Klagen dem Vorstand veranlassen werden, sich in Zukunft nach den Beschlüssen der Generalversammlung zu richten. Gegen den Antrag stimmten drei Delegierte.

Jokales und Provinzielles.

Breslau, den 3. Juni.

*** Ueber das Breslauer Gewerkschaftshaus** oder richtiger aber seine Eröffnung hat Herr Pastor Späth auf dem Evangelischen Arbeitervereinstage in Speyer einige Ausführungen gemacht, die der Berichtigung bedürfen. Herr Pastor Späth sagte nach einer uns vorliegenden kurzen Meldung:

„Die Neutralisierung der Arbeiterbewegung ist eine schmerzliche, aber wichtige Aufgabe. Heute sei es mit der Neutralität der Gewerkschaften noch nicht weit her. In Breslau wurde neulich bei der Eröffnung eines Gewerkschaftshauses die internationale Sozialdemokratie in allen Tonarten gepriesen.“

Das unter dem Namen „Breslauer Gewerkschaftshaus“ eröffnete Arbeiterheim ist aber — das wolle Herr Späth berücksichtigen — eine Schöpfung der Breslauer sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften. Diese beiden Organisationen sind ein Bündnis eingegangen zur Gewinnung eines Versammlungshauses. In der Lokalkommission sitzen neben fünf Vertretern der Gewerkschaften zwei Vertreter der sozialdemokratischen Partei, und die Mittel für das Haus sind ebenfalls von beiden Theilen aufgebracht worden.

Wenn sich aber zwei verbündete Mächte — in diesem Falle Breslauer Partei und Breslauer Gewerkschaften — in der Noth der Zeit ein gemeinsames Quartier verschaffen, so kann dies geschehen, ohne daß deshalb die Gewerkschaften ihre Neutralität aufzugeben brauchen. Bei objektiver Würdigung wird das auch Herr Pastor Späth zugeben.

Wir haben ein Interesse daran, diese Stellung allen Angriffen gegenüber aufs genaueste zu präzisieren, da gerade in Breslau die Neutralität der Gewerkschaften sowohl im Kartell, als bei den einzelnen Verbänden und auch im Arbeiterorgan streng gewahrt wird.

*** Die Maßregeln der deutschen Handwerkskammern gegen die Lehrlingsbeschäftigung** werden in der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ zusammengestellt. Von 45 in die Uebersicht einbezogenen Handwerkskammern hat die starke Hälfte (24) von ihren gesetzlichen Befugnissen bis jetzt keinerlei Gebrauch gemacht. 9 weitere haben die Angelegenheit noch verhandelt, aber die Bedürfnisfrage anerkannt, oder von Fall zu Fall geprüft. 7 Kammern haben allgemeine Grundsätze über das Verhältnis der Lehrlingszahl zu der Gesellenzahl aufgestellt. Es sind dies die rheinischen Kammern Köln, Düsseldorf, Aachen, Koblenz, Wiesbaden, außerdem Arnstadt und Odenburg. Den genaueren Weg, die Höchstzahl der Lehrlinge für jedes einzelne Gewerbe zu bestimmen, haben die bayerischen Kammern betreten. So München mit einer alphabetischen Liste von 45 Berufen, ähnlich Regensburg, in kleinerem Maßstabe Würzburg. Außerhalb Bayerns hat bis jetzt nur Bromberg dieses Beispiel nachgeahmt. Ueber ein einzelnes Gewerbe (Schlofferrei) hat sich Straßburg gutachtlich geäußert. Nach einer Mittheilung des genannten Blattes ist der Gegenstand auf die Tagesordnung des zweiten deutschen Handwerks- und Gewerbe-

kammertages gesetzt, der im Herbst dieses Jahres zusammenzutreten soll.

*** In dem Negitationsabend des Herrn Hof-Schauspieler Calm** sind nicht nur in der „Beilage“ und dem Arbeitersekretariat, sondern auch im Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, und im Verbandsbureau der Handels-, Transport- und Lehrarbeiter, Minoritenhof 1, Willens zu haben. Wir bitten die Leser und Leserinnen, sich baldigst mit Eintrittskarten (Programms) versehen zu wollen, da die Nachfrage zweifellos eine starke wird. Heute Montag erfolgt die Ausgabe auch in den „Drei Tauben“, Neumarkt 8.

*** In der Breslauer Bäcker-Zinnung** besteht seit einer Reihe von Jahren eine Urkunde, in welcher die Schlinge beim Gesellenwerben sich unter schriftlich mit der täglichen Rindigungsfrist einverstanden erklären müssen, ohne daß die Meister ihrerseits eine gleiche Verpflichtung einzugehen brauchen. Ueber die rechtliche Verbindlichkeit dieser alten „Rolle“ ist man im Zweifel. In mehreren Fällen ist vom Breslauer Gewerbegericht die Unterfrist eines Lehrlings als nicht rechtsverbindlich erklärt worden und damit dem betreffenden Kläger auch eine Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst zugesprochen. So noch kürzlich in dem Falle Urban gegen Kall. In der heutigen Verhandlung hat sich das Gewerbegericht auf den gegenwärtigen Standpunkt gestellt. Der Geselle Gustav Straß war von dem Bäckermeister Pruffog eines Tages ohne Rindigungsfrist entlassen worden. Daraufhin verlangte er vor dem Gewerbegericht eine Entschädigung für vierzehn Tage entgangenen Arbeitslohn nebst Kost und Logis im Betrage von 46 Mark. Pruffog berief sich auf die erwähnte „Rolle“, während der Geselle die Gültigkeit seiner Unterschrift, die er als Minderjähriger, ohne ihre Tragweite zu kennen, gegeben habe, bestritt. Trotzdem erkannte das Gewerbegericht auf Abweisung der Klage. Es hat also die Rechtsgültigkeit dieser Rindigungsurkunde, die die Gehilfen minderen Rechts macht, als die kontrahierenden Meister, anerkannt.

*** Wegen Majestätsbeleidigung** hat kürzlich die Breslauer Strafkammer den aus Oesterreich stammenden Drechsler Johann Scheffl zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Er hatte einem Landmann, der in Deutschland naturalisirt war, Beholdungen gemacht und gelegentlich eines Vergleichs zwischen dem Kaiser Franz Joseph und dem deutschen Kaiser bezüglich des letzteren abschüssige Bemerkungen gemacht.

*** Ein ungetreuer Verbandsstapfer.** In der Breslauer Jahressitzung des Porzellanarbeiter-Verbandes hatte der Porzellanmalter Gustav Bogt das Ehrenamt des Kassiers bekleidet. Da er mit der Abführung der Beiträge an den Zentral-Verband in Berlin im Rückstande blieb, wurde eines Tages von dort ein Revisor geschickt und machte die Entdeckung, daß Bogt ein Marco von 207 Mk. in der Verbandskasse hatte. Außerdem erwiesen sich vier Kasernenbelege als gefälscht; sie lauteten auf fingirte Ausgaben im Gesamtbetrag von einigen fünfzig Mark, welche Summe Bogt gegen diese von ihm gefälschten Belege aus der Kasse entnommen und ebenso wie die 207 Mark für sich verbraucht hatte. Bei dem schweren Vertrauensbruch, den B. vorzugsweise wohl nur aus Leichtsinns begangen, und bei dieser nicht unbedeutenden Schädigung der Verbandskasse mußte die Anzeige bei Gericht erfolgen. Am Sonnabend stand B. unter der Anklage der Unterschlagung in einem und der schweren Urkundenfälschung in vier Fällen vor der Strafkammer. Er war geständig und wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

*** Der Breslauer Buchdrucker-Gehilfen-Verein** bewilligt für die ausländischen Textilarbeiter in Schbau 50 Mark; der Gau Schlesien außerdem noch 30 Mark.

r. Der Deferteur. Vor dem Kriegsgewicht hatte sich am Donnerstag der Musikleiter Theodor Spahn von der 7. Kompagnie des 167. Infanterie-Regiments in Brieg wegen mehrfachen Vergehens zu verantworten. Spahn ist ein sehr schwerer Junge, er ist bereits mehrere Male wegen Diebstahl und darunter einmal mit neun Monaten, ein andrer Mal mit zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis bestraft. Am 2. Februar hatte er in Brieg eine Gefängnisstrafe abgeleistet. Am nächsten Sonntag, den 3. Februar begab er sich nach dem Dorf Heßbau. Im dortigen Gasthof kamte er die ganze Nacht durch, dann schlief er aus der Garderobe einen Anzug, Hui und Ueberzieher, vertauschte auf dem Fleiß diese Sachen mit seiner Uniform, die er mit Mähe und Säbel liegen ließ. In der Nacht lief er nach Breslau, um wie er sagt, wegen eines von ihm auf der Friedr.-Wilhelmsstraße verübten Einbruchs sich beim Gericht zu stellen. Das that er nicht, sondern trieb sich umher und wurde abends ohne Polizeigeheiß eingeleitet, wo er sich einen falschen Namen beilegte. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung in die zweite Klasse des Soldatenstandes und 1 Jahr 4 Monate Gefängnis, worauf das Kriegsgewicht erkannte.

*** Das Arbeiter-Sekretariat** Breslau ist in der Woche vom 20. Mai bis 25. Mai von 127 Personen (102 männlichen und 25 weiblichen) in Anspruch genommen worden, in der Vorwoche von 135. Von den Auskunftsuchenden befanden sich 6 in selbstständiger Stellung, 121 gehörten der Arbeiterklasse an. Gewerkschaftlich organisiert waren 64, nicht organisiert 63. 125 hatten ihren Wohnsitz in Breslau, 2 auswärtig. Mündlich erledigt wurden 88, schriftlich 39 Fälle. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze betrug 51.

Das Arbeiter-Sekretariat (Messergasse 18/19, Telefon-Nr. 1084) ist nur an Wochentagen von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr Abends für das Publikum geöffnet. Die Auskunft-Ertheilung erfolgt an Jedermann unentgeltlich.

*** Wochen-Bericht des katholischen Amtes der Stadt Breslau.** In der Berichtswache vom 19. Mai bis 25. Mai sind 99 Geburten gemeldet worden. An der Wochenswache wurden 333 Kinder geboren. Davon waren 265 ehelich, 68 unehelich, 331 lebend geboren (160 männlich, 171 weiblich), 2 todtgeboren (0 männlich, 2 weiblich). Einschließlich der nachträglich Geweihten sind 207 Sterbefälle (100 männlich, 107 weiblich) in der Berichtswache vorgekommen. Todesursachen: Schwindel 2, Krampfen und Rheuma 10, Asepsis, Diphtherie 3, Group 1, Wochenbettstieber 1, Keuchhusten 1, Unerkennbar 1, Ruhr 1, Durchbruchfall 4, Magen- und Darmkrämpfe 18, andere acute Darmerkrankheiten 2, acute Gelenkerkrankungen 1, andere Infektionskrankheiten 1, Krebs 10, Gehirnleiden 3, Krämpfe 10, andere Krankheiten des Gehirns 8, Lungenschwindsucht 42, Lungen- und Brustdrüsen-Erkrankung 25, andere acute Krankheiten der Athmungsorgane 2, and. Kr. weiten der Athmungsorgane 6, Lebensschwäche und U. d. d. d. über 14, alle übrigen Krankheiten 41, Verungl. 1, Selbstmord 2, Todschlag 1, Unbekannt 3.

